

Kanton Zürich: Sozial und solidarisch

Wir, Kantonsrätinnen und Kantonsräte unterschiedlicher Parteien und Mitglieder verschiedener Gewerkschaften, setzen uns ein für einen Kanton, in dem die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter aufgeht.

Als gewerkschaftliche Gruppe im Kantonsrat engagieren wir uns für einen Kanton, in dem Arbeit ihren Wert und ihre Würde hat und in dem Menschen von ihrer Arbeit anständig leben können.

Wir wollen nicht, dass der Kanton Zürich zum Paradies für Banker und Bosse verkommt, in dem die Reichen über uns herrschen wie die Feudalherren im Mittelalter über ihre Untertanen.

Wir wollen in einem Kanton leben, der seine Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt wahrnimmt und in dem alle Menschen gleiche Rechte und Chancen haben – ob Frau oder Mann, ob mit Schweizer Pass oder ohne.

Wir wollen einen starken und ökologischen Kanton

Zürich ist dank der Schweizerischen Nationalbank, einer einigermaßen ausgebauten Arbeitslosenversicherung und internationaler Investitionsprogramme relativ gut durch die Krise gekommen. Der Kanton Zürich ist heute einer der attraktivsten Wirtschaftsstandorte der Welt – obschon der Finanzplatz geschwächt ist. Aber infolge Verschuldungskrise, Klimakatastrophe usw. ist auch die Zürcher Wirtschaft in einem labilen Gleichgewicht. Attraktive Arbeitsplätze in der Realwirtschaft sichern heisst deshalb:

Der Kanton Zürich muss sich aus dem Würgegriff und der Abhängigkeit vom Finanzsektor befreien. Wirtschaftsförderung muss als Mittel der Diversifizierung verwendet werden, um konsequent zukunftsfähige Bereiche zu entwickeln.

Der Finanzplatz ist immer noch ein «Klumpenrisiko» für den Kanton. Der Kanton setzt sich für eine strikte Regulierung des Finanzplatzes ein (Weissgeldstrategie, Stärkung ZKB, Erhöhung Eigenmittelreserven, Regulierung und Besteuerung von Boni usw.).

Der Kanton unterstützt die «ökologische Wende» der Zürcher Wirtschaft in Richtung Clean-

tech und CO₂-freie Produktion. Nachdem die Stadt Zürich den Ausstieg aus der Atomwirtschaft beschlossen hat, muss jetzt der Kanton nachziehen und den Weg weisen zu einer Zukunft mit erneuerbaren Energien. Die grossen Infrastrukturprojekte in den öffentlichen Verkehr (Brüttenner Tunnel, Glattalbahn bis Uster usw.) sind als wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Attraktivität und zu einer ökologischen Wende möglichst schnell zu realisieren.

bitte umblättern



Wahlplattform des GBKZ

Die redaktionelle Verantwortung für diese und die folgende Seite sowie die Seiten 15 und 16 liegt beim Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich, der darüber informiert, was die GewerkschafterInnen im Kantonsrat bewirken konnten – und was sie in den kommenden vier Jahren alles anpacken wollen. Vorausgesetzt natürlich, sie werden

wieder gewählt. Was alles dafür spricht, dass Linke und Grüne ihre Stimmen gezielt GewerkschafterInnen geben sollten, ist hier ebenfalls dargelegt. Das Gespräch mit vier Mitgliedern der kantonsrätlichen Gruppe Gewerkschaften auf den Seiten 11 bis 14 hingegen ist auf dem Mist der Redaktion gewachsen, die hiermit allseits gute Lektüre wünscht.

Die Redaktion

Öffentliche Aufgaben gehören in die öffentliche Hand. Wir lehnen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ab und setzen uns ein für einen starken Service Public.

Wir wollen einen gerechten Kanton

Ein demokratisches Gemeinwesen zeichnet sich dadurch aus, dass alle nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft dazu beitragen, damit allen eine Grundversorgung mit wichtigen öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet werden kann.

Eine stabile Konjunktorentwicklung wird durch eine antizyklische Fiskalpolitik und eine Verstetigung der Investitionen unterstützt. Das braucht gesunde Finanzen. Die Politik der verantwortungslosen Steuergeschenke an Topverdiener und Superreiche muss aufhören.

Wenn Reiche und Grossunternehmen steuerlich entlastet werden, bezahlen die sozial Schwächeren und der Mittelstand den Preis dafür – mit Leistungsabbau und höherer Steuerbelastung. Die Ausgabenbremse gehört entschärft oder abgeschafft, damit wieder die Sachpolitik über die Finanzpolitik gestellt werden kann. Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben. Steuergerechtigkeit für alle. Der Kanton setzt sich für die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer ein. Sehr hohe Einkommen und Vermögen sollen mit einer Steuer belegt werden, die für den ökologischen Umbau verwendet wird. Die Steuern auf grossen Vermögen und hohen Einkommen werden angehoben.

Wir wollen einen gesunden und sozialen Kanton

Der Sozialstaat ist eine wichtige Errungenschaft der Demokratie und der Arbeiterbewegung. Der Kanton muss als Bindeglied für eine solidarische Gesellschaft wirken.

Die jedes Jahr steigenden Krankenkassenprämien sind längst auch für den Mittelstand zu einer finanziellen Belastung geworden. Statt die Prämienverbilligung zu kürzen, fordern wir eine konsequente Durchführung und Erhöhung der Prämienverbilligung, damit die Krankenkassenrechnung nicht zum Armutsrisiko wird.

Der Zugang zur medizinisch notwendigen Versorgung muss für alle gewährleistet sein. Eine Zweiklassenmedizin lehnen wir ebenso ab wie eine Gewinnerorientierung im Gesundheitswesen. Wir fordern eine gute Gesundheitsversorgung für alle.

Wir wollen das sinnlose Wettrüsten in der Spitzenmedizin stoppen und lehnen die Einführung von Fallpauschalen ohne flankierende Massnahmen ab, denn diese führen zur Qualitätsreduktion im Gesundheitswesen, zur Entmenschlichung der Pflege und Therapie und zu Mehrbelastung und Stress beim Personal.

Die Integration ins Erwerbsleben wird nicht durch Leistungskürzungen erreicht. Wir wehren uns gegen die ständige Demontage der Arbeitslosenversicherung und der Invaliden-

versicherung und fordern stattdessen eine würdige Sozialhilfe.

Damit Kinder nicht zum Armutsrisiko werden, sind Ergänzungsleistungen für Familien mit ungenügendem Einkommen ein Muss. Wir engagieren uns für Familienergänzungsleistungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Wir engagieren uns dafür, dass der Kanton Zürich eine minimale soziale Grundsicherung einführt, wie sie der Kanton Tessin bereits kennt. Der Kanton soll sich auch auf Bundesebene dafür einsetzen.

Eine allfällige «Sanierung» der kantonalen Pensionskasse BVK zu Lasten der Versicherten lehnen wir ab. Zuerst müssen ein allfälliger Schaden des Korruptionsfalles beglichen und die jahrelang eingesparten Arbeitgeberbeiträge aus den Jahren 1998 bis 2001 nachbezahlt werden.

Betagte und behinderte Menschen haben Anspruch auf ein Leben in Würde. Der drohende Mangel an Pflegepersonal in allen Bereichen muss auf mehreren Ebenen entschieden angegangen werden. Der Kanton sorgt für mehr Mittel für die Aus- und Weiterbildung, für die Gestaltung guter Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne. Massnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen dringend ausgebaut werden, damit in Gesundheitsberufen Ausgebildete im Beruf bleiben.

Wir wollen einen innovativen Kanton

Der Kanton Zürich muss in seine Zukunft investieren, damit er für die Wirtschaft und die Arbeitnehmenden attraktiv bleibt:

Es braucht eine bezahlbare und hochwertige Kinderbetreuung, damit Chancengerechtigkeit für alle Kinder erreicht und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert wird. Kinder zu haben darf nicht weiterhin ein Nachteil auf dem Arbeitsmarkt sein. Die Wirtschaft ist auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen. Darum darf beim Ausbau und bei der Finanzierung von Kinderbetreuung nicht gespart werden.

Die Förderung in den ersten Lebensjahren ist der Schlüssel für den späteren Bildungserfolg. Wir fordern deshalb ein Jahr Elternurlaub mit Anstellungsgarantie und erschwingliche familien- und schulergänzende Kinderbetreuungsangebote im ganzen Kanton.

Mehr Lehrstellen sind notwendig, damit die Jugend eine Perspektive hat. Die Jungen, die wir heute nicht ausbilden, werden der Wirtschaft morgen fehlen. Der Kanton muss effektive Fördermassnahmen für mehr Lehrstellen einleiten. Es braucht in allen Branchen zusätzlich mehr Attestlehren mit individueller Begleitung für schulschwache Jugendliche.

Wir wollen einen klugen Kanton

Die Wirtschaft des Kantons Zürich baut auf Wissenschaft. Ein gutes Schulsystem aus Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen, Hochschulen und Weiterbildung ist der Schlüssel zum Erfolg.

Die Volksschule muss öffentlich bleiben: Die so genannte freie Schulwahl und die staatliche Finanzierung von Privatschulen wird abgelehnt.

Um die Reformen in der Volksschule vernünftig umzusetzen und die Integration aller möglich zu machen, braucht es eine Senkung der Anzahl Pflichtlektionen für Lehrpersonen und kleinere Klassen für eine gezieltere Förderung der Kinder.

Berufsberatung muss kostenfrei für alle sein, die noch keine erste Berufsausbildung abgeschlossen haben. Hohe Gebühren vermindern die Chancengleichheit und schliessen diejenigen von der Berufsberatung aus, die diese besonders nötig haben.

Der Kanton setzt sich für ein Recht auf Berufsbildung ein. Die Ausbildung auf Sekundarstufe II muss kostenlos sein, der Zugang zur Berufsbildung gebührenfrei. Das heisst: Abschaffung von Schul- und Einschreibegebühren und Kampf gegen kostenpflichtige Lehrstellentests. Die frühzeitige und praxisbezogene Integration der Jungen in die Berufswelt ist eine Stärke der Schweizer Wirtschaft und hilft die Jugendarbeitslosigkeit tief zu halten. Der Kanton setzt sich dafür ein, dass alle jungen Menschen in der Berufswelt Fuss fassen können, und dass niemand bei der Berufswahl Nachteile wegen Herkunft oder Geschlecht erleidet. Es sind gezielte Sensibilisierungs- und Förderprogramme zu führen. Der Abbau des Schutzes Jugendlicher gegen die Ausbeutung als billige Arbeitskräfte ist ebenso zu bekämpfen wie der Trend, junge Arbeitskräfte in Praktika auszunützen. Zusammen mit der Wirtschaft und dem Bund sorgt der Kanton für markant mehr Lehrstellen und innovative Modelle für die Berufslehre. Ausländische Unternehmen und internationale Konzerne mit Sitz oder Filialen in der Schweiz sind zu verpflichten, Lehrlinge auszubilden. Mittel aus dem kantonalen Berufsbildungsfonds sind gezielt für die Stärkung der Berufslehre im Kanton Zürich einzusetzen.

Für schlechter Qualifizierte sind kostengünstige Bildungsangebote besonders wichtig, um im rasanten Wandel der Wirtschaft mithalten zu können. Weiterbildung bringt dem Einzelnen etwas und kommt der ganzen Gesellschaft zugute. Wertvolle Angebote der Erwachsenenbildung dürfen nicht weiter abgebaut oder verteuert werden. Ein öffentliches und günstiges Weiterbildungsangebot ist Voraussetzung dafür, dass alle daran teilhaben können. Die Kluft zwischen Hochqualifizierten und schlechter Ausgebildeten ist volkswirtschaftlich verhängnisvoll.

Weil für die höhere Berufsbildung im Vergleich zu den staatlich finanzierten Hochschulen sowohl finanziell als auch auf der Ebene der Bekanntheit und der Anerkennung der Abschlüsse noch immer keine gleich langen Spiesse gelten, ist die Meinung «keine Karriere ohne Bachelor» immer noch weit verbreitet und schwächt die Berufslehre. Der Kanton setzt sich dafür ein, dass für die höhere Berufsbildung Mittel eingesetzt werden,

die mit den Fachhochschulen vergleichbar sind. Damit soll die höhere Berufsbildung nicht mehr teurer zu stehen kommen als ein Fachhochschulabschluss. Zudem unternimmt der Kanton zusammen mit dem Bund alles, um den Abschlüssen in der höheren Berufsbildung im In- und Ausland zu Bekanntheit und gleichwertiger Anerkennung zu verhelfen.

Der Zugang zu den Hochschulen darf kein Privileg für Reiche sein, sondern muss auch für Kinder aus Mittelstandsfamilien und finanziell schwächeren Schichten möglich werden. Statt die Hochschulgebühren zu erhöhen, muss mit der Ausweitung der Stipendienregelung der demokratische Zugang zu den Hochschulen gesichert werden.

Wir wollen einen fairen Kanton

Der Kanton Zürich trägt Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen.

Es ist Aufgabe des Kantons, über die Einhaltung der Arbeits- und Ruhezeiten zu wachen. Der Kanton muss seine Pflicht wahrnehmen. Wir wehren uns gegen die immer weiter um sich greifende Verwilderung bei den Ladenöffnungszeiten und gegen den Druck, der dadurch auf andere Branchen entsteht.

Wo durch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte Lohndumping festgestellt wird, muss der Kanton Mindestlöhne erlassen und diese auch durchsetzen.

Wir fordern faire Löhne für das Staatspersonal: 3500 Franken Mindest-Nettolohn bzw. 4000 Fr. Mindest-Bruttolohn für kantonale Angestellte. Der volle Ausgleich der Teuerungsverluste auf den Löhnen des Staatspersonals hat oberste Priorität und muss gewährleistet sein – auch rückwirkend. Insbesondere muss der Teuerungsverlust auf den Zulagen für Nacht-, Sonntags- und Schichtdiensten von über 13%, der seit der letzten Anpassung Mitte 1999 entstanden ist, ausgeglichen werden.

Andererseits hat es der Kanton in der Hand, überhöhten Salären in kantonalen oder vom Kanton subventionierten Betrieben einen Riegel zu schieben. Wenn der Kanton externe Aufträge vergibt, ist darauf zu achten, dass Betriebe mit überrissenen Kaderlöhnen und Boni-Systemen nicht berücksichtigt werden. Mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden und einem Ferienanspruch von nur vier Wochen schreibt das kantonale Personalgesetz eine landesweit überdurchschnittlich hohe Arbeitszeit vor. Wir fordern fünf Wochen Ferien für Staatsangestellte bei garantierter Kompensation der Arbeitsleistung am Arbeitsplatz.

Die Teilrevision des kantonalen Besoldungssystems hat die Diskriminierung der Frauen bei der Lohnreihung und der Lohnentwicklung nur teilweise korrigiert. Die Gleichstellung von Frau und Mann muss hier endlich verwirklicht werden.

Der Kanton muss die Einhaltung des Gleichstellungsgesetzes auch bei privaten Betrieben

kontrollieren und sie bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte als Voraussetzung nehmen.

Wir wollen einen integrativen Kanton

Ein wichtiger Teil der im Kanton Zürich lebenden Menschen hat keinen Schweizer Pass und kein Stimm- und Wahlrecht. Sie bezahlen aber Steuern und tragen wesentlich zu unserem Wohlstand bei.

Zürich ist ein attraktiver Arbeitsort für Arbeitskräfte aus dem nahen Ausland. Dies trägt zum Wachstum bei, hat aber auch Schattenseiten. Der Kanton setzt sich mit konsequenten Kontrollen und strengen Sanktionen bei Verstößen für eine strikte

Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit ein.

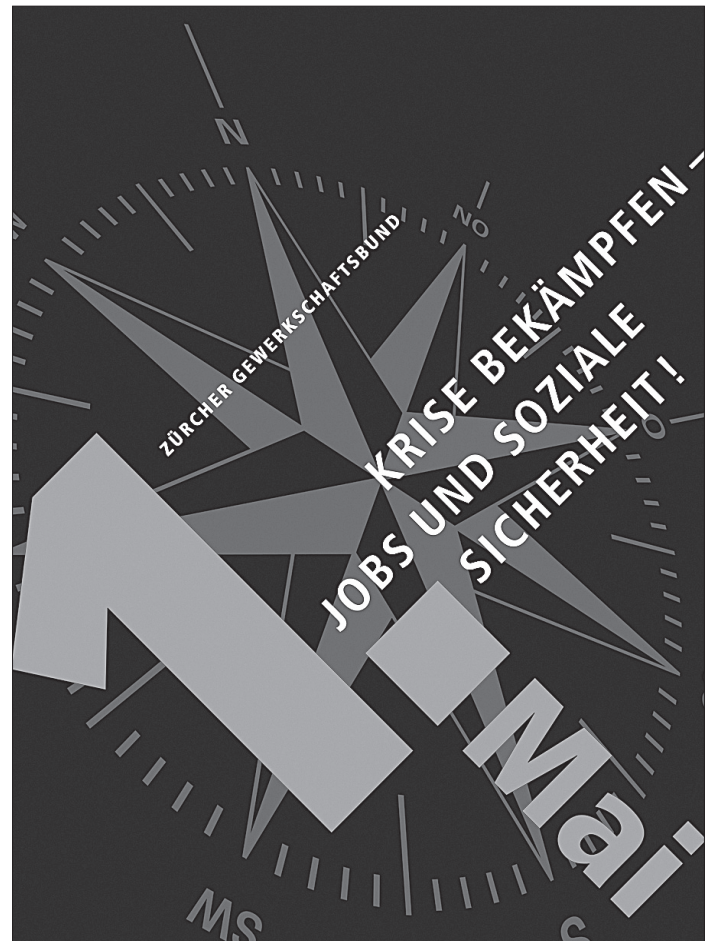
Wir fordern für MigrantInnen der ersten und der zweiten Generation das Stimm- und Wahlrecht, denn dieses gibt ihnen die Möglichkeit, sich am politischen und gesellschaftlichen Geschehen zu beteiligen.

Die grossen Ungleichheiten für sozial Schwächere und Kinder von MigrantInnen sind das grösste Problem unseres Schulsystems. Diese Diskriminierung muss beseitigt werden.

Tausende Menschen leben und arbeiten hier ohne Aufenthaltserlaubnis und unter schwierigsten Bedingungen. Der Kanton darf nicht länger wegschauen. Er muss Grundlagen schaffen, damit sie menschenwürdig hier leben können.

Die Schweiz hat heute im internationalen Vergleich einmalig lange Wohnsitzvoraussetzungen für die Erlangung des Bürgerrechts. Die Einbürgerung darf nicht davon abhängig gemacht werden, dass der Einbürgerungswillige eine Niederlassungsbewilligung hat. Inakzeptabel ist es auch, jemandem die Einbürgerung zu verwehren, nur weil er oder sie erwerbslos geworden ist. Auch dass Antragstellende während des gesamten Einbürgerungsverfahrens in derselben Gemeinde wohnhaft sein müssen, ist eine unzulässige Mobilitätsbeschränkung.

Einem Integrationsgesetz können wir nur zustimmen, wenn es nicht zu einem Disziplinierungsinstrument zur Assimilierung von Immigrantinnen und Immigranten verkommt. Es muss stattdessen die Chancengleichheit von ImmigrantInnen erhöhen, Diskriminierungen beseitigen und zur Überwindung von Integrationsdefiziten beitragen. Wir sind gegen Anreiz- oder Bestrafungsmassnahmen, sondern



fordern Integrationsangebote für eine erfolgreiche Integration aller!

Wir wollen einen Kanton, in dem die Gleichstellung von Frau und Mann Realität ist

Noch immer ist die Gleichstellung von Frau und Mann nicht erreicht. Nach wie vor verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit weniger als Männer, und Frauen sind in Führungsgremien, gemessen an ihren Qualifikationen, immer noch untervertreten. Zudem tragen sie die Hauptlast der unbezahlten und gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Das gilt sowohl in der Wirtschaft als auch bei den Angestellten in Gemeinden und in Betrieben des Kantons.

Die jüngste Lohnstrukturerhebung des Bundes hat ergeben, dass sich die Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern wieder zu Ungunsten der Frauen entwickeln. Der Kanton Zürich erhebt die Lohnentwicklung im Wirtschaftsraum Zürich sowie in der öffentlichen Verwaltung aufgeschlüsselt nach Geschlecht und publiziert diese Daten jährlich. Er ergreift verbindliche Massnahmen, die zur Verminderung der Lohndifferenzen führen und überprüft diese Massnahmen regelmässig auf ihre Wirkung.

Frauen sollen die gleichen beruflichen Chancen haben wie die Männer. Entsprechende Massnahmen braucht es beginnend bei der Vorbereitung auf die Berufswahl in der Volksschule, über den Unterricht an den Berufs- und Mittelschulen bis zu einem ausreichenden und bezahlbaren Angebot an fami-

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaften auf einen Blick

Wahlkreis	Vorname	NAME	Partei (Liste) / Verband
Andelfingen	Joachim	LICHTENHAHN	SP (Liste 2) / Unia
	Bülach	Kurt	ALTENBURGER
		Esther	CAVIOLA
Dielsdorf	Marcel	BURLET (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Thomas	HARDEGGER (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Daniel	ELSENER	EVP (Liste 6) / Unia
Dietikon	Rosmarie	JOSS (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Ernst	JOSS	AL (Liste 9) / VPOD
	Irene	RIBBE	AL (Liste 9) / VPOD
	Stefan	STEBLER	AL (Liste 9) / VPOD
Hinwil	Karin	MAEDER-ZUBERBÜHLER (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Pascal	BASSU	SP (Liste 2) / syndicom
	Canan	TAKTAK	SP (Liste 2) / VPOD
Horgen	Julia	GERBER RÜEGG (bisher)	SP (Liste 2) / Unia/VPOD
	Thomas	HARTMANN	SP (Liste 2) / SEV
	Christophe	VOISARD	Grüne (Liste 4) / PVB
Meilen	Marco	GEISSBÜHLER	SP (Liste 2) / syndicom
	Folker	HORST	SP (Liste 2) / VPOD
Pfäffikon	Fabian	MOLINA	SP (Liste 2) / Unia
Uster	Patrick	ANGELE	SP (Liste 2) / Unia
	Stefan	FELDMANN	SP (Liste 2) / syndicom
Winterthur Stadt	Lilith	C. HÜBSCHER (bisher)	Grüne (Liste 4) / syndicom
	Jorge	SERRA (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Hedi	STRAHM (bisher)	SP (Liste 2) / Unia/VPOD
	David	BERGER	AL (Liste 9) / syndicom
	Andreas	DAURU	SP (Liste 2) / VPOD
	Daniel	FLÜCKIGER	SP (Liste 2) / Unia
	Jonas	GERBER	SP (Liste 2) / Unia
	Mattea	MEYER	SP (Liste 2) / Unia
	Jonas	HENN	SP/Juso (Liste 2) / Unia
	Zürich Stadt		
Zürich 1/2	Sabine	ZIEGLER (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
Zürich 3/9	Kaspar	BÜTIKOFER (bisher)	AL (Liste 9) / syndicom
	Dominique	FEUILLET (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Ralf	MARGREITER (bisher)	Grüne (Liste 4) / VPOD
	Thea	MAUCHLE (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Nicolas	ESSEIVA	SP (Liste 2) / Unia
	Thomas	MARTHALER	SP (Liste 2) / VPOD
	Hans-Urs	VON MATT	SP (Liste 2) / Unia/VPOD
	Rebekka	WYLER	SP (Liste 2) / Unia/VPOD
	Ivo	BÖSCH	AL (Liste 9) / syndicom
	Christina	SCHILLER	AL (Liste 9) / syndicom
Zürich 4/5	Angelo	BARRILE (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Martin	NAEF (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Markus	BISCHOFF (bisher)	AL (Liste 9) / VPOD
Zürich 6/10	Heidi	BUCHER-STEINEGGER (bisher)	Grüne (Liste 4) / VPOD
	Benedikt	GSCHWIND (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Monika	SPRING-GROSS (bisher)	SP (Liste 2) / Unia/VPOD
	Erika	ZILTENER (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Mark	LINIGER	Grüne (Liste 4) / PVB
	Judith	STOFER	AL (Liste 9) / syndicom
Zürich 7/8	Balthasar	GLÄTTLI	Grüne (Liste 4) / syndicom/VPOD
	Marco	MEDICI	AL (Liste 9) / VPOD
Zürich 11/12	Susanna	RUSCA SPECK (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD
	Silvia	SEIZ-GUT (bisher)	SP (Liste 2) / VPOD

lien- und schulergänzender Kinderbetreuung. Für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung ist ein Prozent Wirtschaftsleistung im Kanton aufzuwenden.

Der Kanton bekämpft in allen Branchen – aber speziell im Detailhandel – die Deregulierung der Arbeitszeiten über das absolut Notwendige hinaus.

Der Kanton leistet einen wesentlichen Beitrag an die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer wie für Frauen erleichtert. Es sollen Anreize gesetzt werden, dass Männer vermehrt gesellschaftlich notwendige, unbezahlte Leistungen erbringen und Frauen davon entlasten – sei das in der Betreuung pflegebedürftiger Verwandter, in der Kinderbetreuung oder in anderen Bereichen der Zivilgesellschaft, die den sozialen Zusammenhalt stärken.

Im Care-Bereich (bezahlte und unbezahlte Pflege-, Betreuungs- und Sorgearbeit) entwickelt der Kanton Standards für gute Arbeit und faire Löhne.

Der Kanton setzt sich dafür ein, dass diese Modelle in die Schweizer Arbeitsgesetzgebung einfließen.

Wir wollen einen Kanton zum Wohnen und mit guter Lebensqualität

Die Nachfrage nach Wohnraum ist im Wirtschaftskanton Zürich gross. Viele Nachfragende verdienen gut und sind bereit, Wohnungen zu einem hohen Preis zu kaufen oder zu mieten. Das treibt die Mieten in die Höhe. Die unteren Einkommensklassen müssen 20% bis 45% ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Wer sich das nicht leisten kann, muss wegziehen und weite Arbeitswege in Kauf nehmen. Diese soziale Entmischung der Bevölkerung ist unerwünscht.

Der Kanton Zürich unternimmt alles, um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum in guter Qualität für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen zu erhalten und zu erhöhen.

Er fördert den gemeinnützigen und den genossenschaftlichen Wohnungsbau im ganzen Kanton und speziell in den Agglomerationsgemeinden.

Die Formularpflicht als wirksames Mittel gegen ungerechtfertigte Mietpreiserhöhungen bei Mieterwechseln ist wieder einzuführen.

Der Bodenspekulation ist gezielt entgegenzutreten, d. h. es ist keine Senkung der Grundstückgewinnsteuer vorzunehmen.

Bei neuen Einzonungen sowie bei Aufzonungen ist der Planungsmehrwert steuerlich abzuschöpfen. Dieses Geld kann für den Naturschutz eingesetzt werden, der wegen der immer dichteren Besiedelung unter Druck gerät.

In dicht besiedelten Gebieten sind vermehrt Flächen mit hohem Erholungswert der Freihaltezone zuzuweisen und unter Berücksichtigung des Naturschutzes für nicht kommerzielle Freizeitnutzung zu erschliessen. Dazu gehört die längst geplante Realisierung eines durchgehenden Seeuferweges, soweit er im Kanton Zürich liegt.